

# SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Extrablatt

25. MAI 1992

10 Pfennig

## Brecht mit der Sozialdemokratie! Stürzt die Kohl-Regierung durch Arbeiteraktion!



Thilo Rückels

**4. Mai – Ostberliner BVGler schlossen sich spontan dem ÖTV-Streik an, wiesen Weg zum Klassenkampf Ost und West**

22. MAI – Der ÖTV-Streik war der größte Arbeitskampf im westdeutschen öffentlichen Dienst und Transportwesen seit dem Zweiten Weltkrieg, und der erste ÖTV-Streik seit 1974

**Nicht eine „Große Koalition“ des Kapitals, sondern eine Arbeiterregierung, die das Kapital enteignet!**

– und der hatte die Brandt-Regierung gestürzt. Hier ging es nicht um lausige 5,4 Prozent. Dies war eine provokative Machtprobe seitens der Bourgeoisie mit großen internatio-

nen Auswirkungen. Zusammen mit der SPD machten sie zuerst die kollektivierte Wirtschaft in der ehemaligen DDR platt und haben national sechs Millionen Arbeitslose auf die Straße geworfen. Nun möchte die de facto Große Koalition von CDU/SPD, daß die westdeutschen Arbeiter für die Verwüstung in der DDR und Osteuropa bezahlen, die die kapitalistische Konterrevolution angerichtet hat.

Die deutschen Imperialisten fühlen sich gestärkt durch den Zusammenbruch des Stalinismus, für sie der Sieg des Kapitalismus über den „Kommunismus“; gleichzeitig sind sie bei ihrem Versuch, die Siegesbeute zu verdauen, in

*Fortgesetzt auf Seite 2*

**Verteidigt die Immigranten und das Asylrecht!  
Nieder mit der antikommunistischen Hexenjagd!**

# Stürzt Kohl-Regierung...

Fortsetzung von Seite 1

große ökonomische Schwierigkeiten gekommen. Aber bei der mächtigsten Arbeiterklasse in Europa haben sich die Kohl-Bande und SPD-Arbeiterverräter verkalkuliert. Sie haben einen überwiegend populären Streik gegen sich selbst und gegen die Konsequenzen der kapitalistischen Wiedervereinigung ausgelöst. Darüber hinaus wurde der Streik ansatzweise in den Osten ausgeweitet – dies zeigt das enorme Potential für gemeinsamen Klassenkampf.

Trotz der gewerkschaftsfeindlichen Propaganda der Regierung – O-Ton BZ in Berlin: „Erste Ratten auf dem Ku'Damm gesichtet“ – fand der Streik breite Unterstützung; die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wendete sich gegen das Regime. Nach den neuesten Meinungsumfragen ist Kohl neben Möller der unpopulärste Politiker in Deutschland, und ein gängiger Witz über die „Steuerlüge“ redet von der neuen „Volksverarschungsabgabe“. Angesichts solcher Verärgerung war es ein günstiger Zeitpunkt zu streiken, und hart zu streiken. Während des ÖTV-Streiks spielte Bonn mit der Idee, die Bundeswehr einzusetzen, um den Müll abzuholen. Wenn das passiert wäre, hätte es mit einem Generalstreik beantwortet werden müssen.

Bei den Streikenden gab es den weitverbreiteten Wunsch, solange zu streiken, bis zumindest eine „Sechs vor dem Komma“ erreicht ist. Aber angesichts der ökonomischen Verwüstung im Osten und von Sozialabbau, Inflation und Steuererhöhungen im Westen würde jeder wirkliche Kampf, um die Arbeitsplätze, Löhne und Sozialleistungen der Arbeiter zu verteidigen und wiederzugewinnen, die volle Mobilisierung der Arbeiterklasse in Ost und West notwendig machen. Denn hier geht es nicht um einen Streit um ein paar D-Mark, sondern um eine scharfe *politische Klassenkonfrontation*. Die Bourgeoisie hat das Ende des „Modell Deutschland“ der organisierten Klassenzusammenarbeit verkündet. Sie würde gern die Wirtschaftspolitik von Reagan und Thatcher einführen – ein Signal dafür, daß ein heißer Krieg gegen die Gewerkschaften angefangen hat.

Diese Konfrontation mit dem deutschen Staat ist nicht vorbei. Überall sind die Arbeiter stinksauer über den schändlichen Ausverkauf, der eine empfindliche Senkung des Einkommens bedeutet, weil sie wußten, daß sie elf Tage lang die Regierung dort gepackt hatten, wo es weh tut. In Braunschweig wurde weitergestreikt, nachdem der Tarifabschluß bekanntgegeben worden war. Die ÖTV-Basis, vor allem die Nahverkehrs- und Müllarbeiter, hat den Tarifvertrag mit schallenden 55 Prozent abgelehnt, aber die Bürokraten würgen es ihnen trotzdem rein. Auch im ostdeutschen öffentlichen Dienst laufen Verhandlungen, und Streiks sind direkt auf der Tagesordnung, aber jede Kampfmaßnahme wird von den Gewerkschaftsspitzen sorgfältig orchestriert, damit sie erst anfängt, nachdem der Streik im Westen vorbei ist.

Direkt hinter den Arbeitern im öffentlichen Dienst standen vier Millionen Metaller sowie Bauarbeiter und Drucker; Zehntausende Metallarbeiter und Drucker waren schon mit „Warnstreiks“ in den Ausstand getreten. Traditionell wurden Arbeitskämpfe bei Metall auf „Pilotbezirke“ begrenzt: ein Vollstreik in der Metallindustrie könnte eine Explosion auslösen. Das *Wall Street Journal* (6. Mai) sorgte sich: „Ein nationaler Metallstreik würde sich für Deutschlands Wirtschaft verheerend auswirken.“ Aber nach dem ÖTV-Streik und der Urabstimmung über den Abschluß war Steinkühler so erschreckt darüber, daß die Basis außer Kontrolle geraten könnte, daß er den Arbeitern den schlimmsten Abschluß überhaupt aufgezwungen hat: in diesem Jahr 5,4 Prozent und 1993 3,3 Prozent! Damit soll der Metalltarif in 21 Monaten auslaufen, um einem Kampfbündnis mit der ÖTV vorzubeugen.

Es ist notwendig, die Kohl-Regierung durch Arbeiteraktion zu stürzen! Brecht mit der Sozialdemokratie! Eine „Große Koalition“ des Kapitals wird eskalierende Angriffe auf Arbeiter, Immigranten, Frauen bedeuten. Was wir brauchen, ist eine Arbeiterregierung, um das Kapital zu enteignen!

## Von der „Sozialpartnerschaft“ zum Klassenkrieg

Seit den 50er Jahren haben die Bosse mit Hilfe des SPD-Mythos der „Sozialpartnerschaft“ die Arbeiter im Zaum gehalten. Doch jetzt, wo die Bourgeoisie der Arbeiterklasse den offenen Klassenkrieg erklärt, konstatiert *Die Zeit*: „Der gesellschaftliche Konsens zerbricht.“ Nachdem der deutsche Imperialismus den ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat schluckte, ist er aggressiver geworden: er sucht seinen „Platz an der Sonne“, wie es das wilhelminische Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg tat. Und in seinem Drang nach Osten hat er neue ökonomische Bürden auf sich genommen, die sogar seine riesige Stärke belasten.

Die Regierung hat den Mund zu voll genommen. Über Jugoslawien hat sie der restlichen EG ihren Willen aufgezwungen und die Anerkennung von Slowenien und Kroatien forciert – bloß dann ging die ganze Region in die Luft, als ein allseitiger Bürgerkrieg explodierte. Der Abgang von Genscher nach 18 Jahren als Außenminister, der dritte Rücktritt eines Ministers in einem Monat, zeigt, wie wackelig das Bonner Regime ist. Die Berichterstattung im Fernsehen über deutsche Panzer in Türkisch-Kurdistan, die beim kurdischen Neujahrsfest Frauen und Kinder niedermähten, kostete Kohls Verteidigungsminister seinen Job. Zwar verspottete das Vierte Reich die Amerikaner dafür, daß sie auch Bonn um Geld anbetteln mußten, um die Flächenbombardierung der irakischen Bevölkerung bei ihrem „Krieg“ am Persischen Golf zu finanzieren, doch häuft es munter den eigenen Schulden „berg“ an.

Letztes Jahr pumpte Bonn mehr als 180 Milliarden D-Mark nach Ostdeutschland hinein (168 Milliarden an Subventionen und 15 Milliarden an privaten Investitionen). Es hat außerdem 75 Milliarden D-Mark investiert, um die Konterrevolution in der Sowjetunion zu fördern, und weitere 105 Milliarden in Osteuropa, um die ehemaligen deformierten Arbeiterstaaten in Neokolonien der Deutschen Bank zu verwandeln. Das Geld muß es also irgendwo hernehmen. Die Bundesbank, de facto die Zentralbank Europas, kann die Bourgeoisien von Britannien, Frankreich, Italien, der Schweiz usw. mit einem hohen Leitzins in die Mangel nehmen. Aber das reicht nicht. Die Bourgeoisie muß auch die *Ausbeutungsrate der Arbeiter in ganz Deutschland erhöhen*.

Dies ist der Kern der gegenwärtigen Offensive gegen die Gewerkschaften seitens Bourgeoisie und Regierung. Schon vor dem Anschluß fing Bonn mit der sogenannten „Gesundheitsreform“ seine Kampagne des Sozialabbaus an. Letztes

### Veranstaltungen der SpAD

#### Klassenkrieg im Vierten Reich

<b>Berlin</b>	Donnerstag, 11. Juni, 18.30 Uhr Halkevi, Kottbusser Damm 74, 1000 Berlin 44 Mit Bericht: Los Angeles – Rebellion erschüttert „Neue Weltordnung“
<b>Essen</b>	Donnerstag, 11. Juni, 18.00 Uhr Essen-Holsterhausen, JZE Papestraße 1
<b>Halle</b>	Mittwoch, 17. Juni, 18.00 Uhr Jägerplatz 14, Erster Stock, Halle 4020
Weitere Informationen: Westberlin 492 78 66, Halle 290 55	

## Berlin: CDU/SPD-Bullen schützen Provokation der Nazi-Reps

Am 21. Mai brachte SS-Schönhuber seinen Terror gegen Immigranten, Juden, Homosexuelle und Linke zum Alexanderplatz in Berlin. Diese Nazi-Provokation konnte nur unter dem massiven Schutz von 2500 CDU/SPD-Bullen und BGS-Elitetruppen stattfinden, Tausende protestierten dagegen. Spartakisten und KfsV gaben einen Aufruf „Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung zum Alex“ heraus, um die Republikaner-Provokation zu stoppen. Tausende davon wurden an Arbeiter in Berliner Betrieben verteilt.

Die Demo war von Antifaschisten und linken Gruppen wie SAG und PDS initiiert worden. Doch den vielen Demonstranten, die die Nazis wirklich stoppen wollten, setzt die PDS Aufrufe nach noch mehr Polizei entgegen, während die SAG bei der Demo an die „neutrale Rolle der Polizei“ appellierte. Jeder weiß, daß die Republika-

ner eine Bullen-Partei sind. Die PDS ist berüchtigt für ihre Interviews und TV-Talkshows mit dem Rep-Führer Schönhuber, die SAG für ihre Vorliebe für Skinheads.

Als der DGB Berlin-Brandenburg erklärte: „Berlin ist kein Aufmarschplatz für Schönhuber und seine Reps“, schrieben wir dazu: „Die Macht der organisierten Arbeiterklasse muß diese Worte in Taten umsetzen.“ Dieselben Bürokraten, die ÖTV-Streik und Metaller erbärmlich ausverkauft hatten, weigerten sich, die Arbeiter gegen die Nazis zu mobilisieren. Deren soziale Macht fehlte auf dem Alex, aber die gerade war notwendig. Auf der Kundgebung sagte Renate Dahlhaus für die SpAD: „Was wir brauchen, sind Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen einiger zehntausend ÖTVler und Metaller mit Schutzhelmen und Betriebsbannern auf dem Alex, um die Nazi-Reps in ihre Rattenlöcher zu treiben.“

Jahr starteten sie eine Hetzkampagne zum Krankengeld; *Der Spiegel* empörte sich mit Titelseiten-Artikeln über das „Krankfeiern“. Nun fordern CDU/FDP nach 40 Jahren die Wiedereinführung von Karenztagen für die ersten Tage der Krankheit, was eine wütende Reaktion der Gewerkschaften hervorrief.

Die Tarifkonfrontationen fingen dieses Jahr in der Stahlindustrie an, einem Metallsektor mit niedrigeren Löhnen, wo die Tarifverhandlungen bis Anfang 1992 verschleppt wurden. Dann kamen die Bankangestellten, wo es trotz der geringen gewerkschaftlichen Organisation sechs Wochen lang punktuelle Streiks gab. Die nächsten an der Reihe waren ÖTV, Post und Bahn. Bonn wollte diese Branchen in die Knie zwingen, ehe es zu einer Konfrontation mit der IG Metall, der mächtigsten Gewerkschaft im kapitalistischen Westen, kam. Und mitten im ÖTV-Streik wurden Zehntausende Entlassungen in der westdeutschen Autoindustrie angekündigt im Rahmen der „Rationalisierung“ im Namen der „internationalen Konkurrenzfähigkeit“.

Doch die Bosse seilten sich im letzten Augenblick von einem Streik ab. Mit seinem 4,8-Prozentangebot warf Kohl der ÖTV den Fehdehandschuh hin, darauf aus, die Gewerkschaft in die Knie zu zwingen. Aber er steckte eine Niederlage ein, obwohl Monika Wulf-Mathies die Mitglieder ausverkaufte: sie waren bereit, für weit mehr zu streiken und viel länger als elf Tage. Aber die ÖTV-Führung spielte, mit ihren „Warnstreiks“ und den Streiks heute hier, morgen dort, nach den Regeln des klassenkollaborationistischen Spiels. Zwar hat Kohl eine Ohrfeige gekriegt, doch die Gewerkschaften hätten *das Land dichtmachen müssen*, sowohl gegen die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung als auch gegen die SPD-geführten Länderregierungen. Das hätte den Bossen einen Knüppel zwischen die Beine geworfen bei ihrem Feldzug gegen die Metallarbeiter und gegen die übrige Arbeiterbewegung.

### West und Ost: Streikt gemeinsam!

Wie wir in *Spartakist* Nr. 95 schrieben:

„Schon ein Blick auf die Berliner U-Bahn zeigt, daß ein Funke ausreichen könnte, um einen stadtweiten Streik zu entfachen. Ein gemeinsamer Streik aller ÖTVler im Westen und Osten würde das Land wirklich erschüttern und die Macht der Arbeiterklasse zeigen.“

Am Montag, den 4. Mai traten Ostberliner Nahverkehrsarbeiter mit ihren Klassenbrüdern im Westen spontan in den Streik; dabei setzten sie ihre Arbeitsplätze aufs Spiel auch angesichts der bedrohlichen Massenarbeitslosigkeit. Mehrere Betriebe traten einer nach dem anderen in den

Ausstand. Insgesamt waren 30 von 38 Straßenbahnlinien und ein Dutzend Buslinien in Ostberlin dicht. Die U-Bahn fuhr überhaupt nicht. 24 Stunden lang war der Ostberliner Nahverkehr praktisch dicht. Das Tor des BVG-Betriebshofs Lichtenberg war mit einem Banner gesperrt: „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn!“

Die alte stalinistische Lüge, die westdeutschen Arbeiter würden nie kämpfen, ist geplatzt. Wie es in einem Leserbrief in der *Berliner Zeitung* stand: „Massenstreiks schaffen Klarheit.“ Jetzt sind Ostberliner Nahverkehrsarbeiter besonders verbittert über die ÖTV-Bürokraten, die Überstunden schoben, um sie wieder an die Arbeit zu kriegen, denn jetzt drohen als Strafe Entlassungen. Der einzige „illegale“ Streik ist einer, der verloren geht. Es gab auch Berichte über kurze Arbeitsniederlegungen in Thüringen und Sachsen. Die Aussicht eines nationalen Verkehrsstreiks hatte die Bourgeoisie ins Schwitzen gebracht. Gemeinsame Streikaktion in Ost und West *ist der Schlüssel!*

Die Bosse und die SPD/DGB-Bürokraten haben alles versucht, um die Arbeiter in Ost und West auseinanderzuhalten und sie gegeneinander auszuspielen. Die antikommunistische Hexenjagd, die sie führen, soll die Arbeiterschaft ideologisch säubern und sie demoralisieren und lähmen. Das zeigte sich besonders klar beim Streik der Ostberliner Krankenschwestern letzten Herbst, wo eine Hexenjagd bei der Charité dazu diente, den Streik zu demobilisieren. Jetzt aber haben die Arbeiter zunehmend die Schnauze voll davon, besonders wenn sie anfangen zu *kämpfen*. Beim BVG-Betriebshof Lichtenberg haben die von der Stadt als Teil der Anti-Stasi-Hexenjagd durchgeführten Entlassungen von Busfahrern und anderen Arbeitern Empörung unter ihren Kollegen hervorgerufen.

Letzten Dezember besetzten die Hennigsdorfer Stahlarbeiter 13 Tage lang ihren Betrieb gegen die Pläne einer Übernahme und von Massenentlassungen. Sie waren bereit, am Vorabend der Verhandlungen in der westdeutschen Stahlindustrie, in Solidarität mit ihren Kollegen im Westen zu streiken – sogar die Plakate waren fertig. Statt dessen zogen Stahlbosse und IGM-Spitzen alle Register, um die Besetzung vor der Konfrontation in der westdeutschen Stahlindustrie vom Tisch zu kriegen; sie haben die Arbeiter verraten. Während des ÖTV-Streiks waren die Berliner Flughäfen Tempelhof und Tegel dicht, aber die Bosse arrangierten mit den ÖTV-Spitzen, daß der Flughafen Schönefeld in Brandenburg offen bleiben würde. Eine gemeinsame Aktion mit den Arbeitern in Schönefeld, die die neue Reichshauptstadt völlig abschneidet, hätte ungeheure Aus-

*Fortgesetzt auf Seite 4*

## Stürzt Kohl-Regierung...

Fortsetzung von Seite 3

wirkungen gehabt. Aber genau das wollten die Bürokraten nicht.

Der DGB versuchte sogar, die Kundgebungen am 1. Mai unter der Losung zu halten: „Teilen verbindet“, sprich: zahlt für den Anschluß. Die Bürokraten meinen nach Kohls Vorbild, daß „Solidarität“ bedeutet: die Arbeiter im Westen sollen den Gürtel enger schnallen zugunsten der Geldsäcke in Frankfurt am Main, nachdem die Bourgeoisie die ostdeutsche Wirtschaft zerstört hat. So fördern diese arroganten Bürokraten ekelhafte Anti-„Ossie“-Ressentiments (und beschäftigen im Rahmen der Hexenjagd in ihren Büros im Osten hauptsächlich „Wessies“). Aber dieser Appell der Bürokraten an den Nationalismus des Vierten Reichs wurde angesichts empörter Proteste von Mitgliedergewerkschaften in einer Reihe von Städten eilig zurückgezogen (darunter in Augsburg, bei der zentralen DGB-Kundgebung, Essen und Berlin) und durch „Solidarität verbindet“ ersetzt.

Heute scheffeln die Banken und Konzerne beispiellose Profite. Für sie hat die Regierung drastische Steuersenkungen bei Zinseinkünften und Kapitalgewinn; für die Arbeiter gibt es drakonische Sparmaßnahmen. Bonn zerstückelte das ostdeutsche Gesundheitsversorgungssystem und streicht es im Westen zusammen, und nun wollen sie die Wiedervereinigung aus Arbeitslosen- und Umschulungsleistungen finanzieren. Zwar protestiert die SPD gegen diese Maßnahme verbal, doch auch dieser Einschnitt ist eine Auswirkung der Konterrevolution, an deren Spitze die SPD stand; dadurch haben die Kapitalisten freie Hand bekommen, die historischen Errungenschaften der Werktätigen zu liquidieren. Die deutsche Bourgeoisie und ihre Helfershelfer wollen Rache nehmen für die Niederlage, die ihnen die Rote Armee 1945 zufügte, und sie wollen jede Erinnerung an den Arbeiterstaat im Osten ausrotten.

Als das stalinistische Honecker-Regime 1989 zu zerbröckeln anfing und Massen von ostdeutschen Werktätigen auf den Straßen den echten Sozialismus verlangten, intervenierten die Vorgängerorganisationen der SpAD, die Trotzlistische Liga Deutschlands und die Spartakist-Gruppen, um für *proletarisch-politische Revolution von Ostberlin bis Moskau* zu kämpfen und für eine *soziale Revolution im Westen* – für ein rotes Arbeiterrätendeutschland. Als die Arbeiterklasse – ohne eine Partei, die stark genug gewesen wäre, sie zu führen – nicht in Aktion ging, mobilisierte der deutsche Imperialismus seine Macht, um die Konterrevolution mittels der Wiedervereinigung durchzurammen. Nur die Spartakisten kämpften unnachgiebig gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Die Führung der exstalinistischen PDS jedoch war auf den Knien und bettelte um Wiedervereinigung „1 (Mark der DDR) zu 1 (D-Mark)“, und die SPD-Spitzen waren Kohls Bluthunde, als Bonn für den Todesstoß in Stellung ging.

In der Folge riefen wir Spartakisten auf zu Arbeiterwiderstand gegen die Verwüstungen, die das Vierte Reich anrichtete, als die SPD-Betriebsräte voll dabei waren, Arbeiterkämpfe zu ersticken und Betriebsschließungen in Ostdeutschland „mitzubestimmen“. Von Anfang an hat die SpAD gegen die wütende SPD-geführte antikommunistische Hexenjagd gekämpft und sie als das spaltende, lähmende Werkzeug der Herrscher gebrandmarkt, das sie ist. Wir haben gefordert: „Hände weg von Markus Wolf, Erich Honecker und Erich Mielke!“

### Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Eine rassistische Volksfront gegen Immigranten, die von CDU über SPD und Grüne bis PDS reicht, betreibt eine Kampagne, um die Arbeiterklasse zu schwächen und ent-

lang der Linien der Nationalität zu spalten. Die Verwundbarsten – die zuletzt angekommen sind und die Asyl suchen – greifen sie zuerst an. Bonns rassistische Politik und die Verwüstung der Wirtschaft sind eine permanente *Ermutigung* für die Nazi-Terroristen. Wie die Wahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zeigen, sind bisher die Faschisten die großen Gewinner bei der Menschenjagd des Staates. Dort stimmten Zehntausende für die Faschisten – überproportional *ehemalige SPD-Wähler*, angespornt durch die Politik von CDU/CSU und SPD. CDU und SPD wiederum benutzen die Wahlerfolge der Faschisten, um ihre eigenen Angriffe gegen die Immigranten zu eskalieren.

Gleich nach dem ÖTV-Tarifabschluß erklärte SPD-Kanzlerkandidat Engholm seine Übereinstimmung mit dem Kurs von CDU/CSU, das Asylrecht zu torpedieren und weitere Tausende von Immigranten in Elend und Tod abzuschieben. Die Verteidigung *aller* Immigranten ist entscheidend für die Entfesselung der Macht der organisierten Arbeiterbewegung. Wie wir in der Mai-Ausgabe des *Spartakist* schrieben: „Die Arbeiterbewegung muß mobilisiert werden, um für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und Asylsuchende zu kämpfen.“ Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle. Die Klasseneinheit ist lebensnotwendig für Arbeiterkämpfe. Und gerade unter unseren rechtlosen eingewanderten Kolleginnen und Kollegen befinden sich viele der besten Kämpfer für die Sache der Arbeiter.

### Mobilisiert Arbeiter/Immigranten-Macht – Stoppt den Nazi-Terror!

Am 9. Mai drohten die faschistischen „Nationalen“ aufzumarschieren mit Hitler-Fan David Irving im sowjetischen Garnisonsort Berlin-Karlshorst: vor dem Museum zum Andenken an die Befreiung Europas vom faschistischen Alptraum am 9. Mai 1945 durch die Rote Armee. Die SpAD intervenierte bei Demonstrationen am 1. Mai, bei den ÖTV-Streiks und in Schlüsselbetrieben der Metallindustrie und rief zu einer Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten auf. Dabei stießen wir auf den starken Wunsch bei den Gewerkschaftsmitgliedern, diese finstere Provokation zu stoppen. PDS und Grüne/Bündnis 90 appellierten statt dessen mit SPD und Heinz Galinski (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Berlin) an den Berliner Senat, die faschistische Kundgebung zu verbieten, und starteten eine wütende Verleumdungskampagne *gegen die Antifaschisten* unter der Rubrik „keine Gewalt“. Der DGB rief in letzter Minute zusammen mit der SPD zur Gegendemonstration auf, unter der Wirkung des Streiks und dem Druck von der Basis, nachdem das Verbot bestätigt wurde.

Es war in der Tat eine gute Sache, daß die Nazis am 9. Mai in Karlshorst nicht marschierten, aber es war *nicht* eine gute Sache, daß eine massive Präsenz von Polizei in voller Kampfmontur die sowjetischen Bewohner von Karlshorst den ganzen Tag als Geiseln hielt. Es ist eine tödliche Illusion, sich auf das Vierte Reich zu verlassen, um die Faschisten zu „verbieten“. Am selben Abend griffen 60 Skinheads eine linke Kneipe in Magdeburg mit Baseballschlägern, Knüppeln und Eisenstangen an und schlugen acht Menschen krankenhaushausreif; der junge Arbeiter Torsten Lamprecht starb. *Mord* war die Antwort der Faschisten auf die antiproletarische „Keine-Gewalt“-Volksfront.

In Magdeburg hat am 9. Mai die Polizei vor der Kneipe diesem Überfall tatenlos zugesehen und trotz der Aufforderung von Anwohnern nicht eingegriffen. Nguyen Van Tu, ein junger Vietnamese, wurde am 24. April am helllichten Tag in Berlin-Marzahn von Skinheads erstochen, und die SPD-geführte Bezirksverwaltung betreibt mittlerweile ein „Jugendzentrum“ für Nazi/Skinheads. Die Regierung läßt ihre reihenweise mit Faschisten durchgesetzten Bullen los gegen antifaschistische Demonstranten. Am 1. Mai in Berlin

**Berlin – Metalller von Bosch-Siemens während des Warnstreiks. Schwere Bataillone von eingewanderten und deutschen Arbeitern waren bereit, die Angriffe der Kapitalisten zurückzuschlagen, sie wurden von Steinkühler und Konsorten für ein paar lumpige Pfennige ausverkauft. Schmelzt die SPD/DGB-Bürokraten raus – für eine revolutionäre Führung, die für die Klasseninteressen der Arbeiter kämpft!**



Spartakist

wurden Tausende von Bullen und Bundesgrenzschutz mobilisiert, um zuerst die Nazi/Skinhead-FAP zu schützen und dann das Immigrantenviertel Kreuzberg auseinanderzunehmen. Früher am selben Tag hatte die Bullen „gewerkschaft“ obszönerweise einen offiziellen Stand bei der DGB-Kundgebung gehabt, und ihre Vertreter waren nicht erfreut über unser Plakat mit der Forderung „Bullen raus aus dem DGB“. Doch sowohl Polizei als auch Bundeswehr sind die bewaffnete Faust des Kapitalistenstaates.

Den faschistischen Terror zu stoppen ist eine notwendige Ausweitung des proletarischen Kampfes: Streikposten sind der Embryo einer Arbeitermiliz. Die Spartakisten sagen: mobilisiert die Arbeiter, um die Nazis zu stoppen!

### **Kohl: Mächtegern-Weltmachtkaiser auf einem wackligen Thron**

Kohls Spruch „Ich bin nicht Willy Brandt“ gilt angesichts seines wackligen Regimes als Witz des Jahres. Die Treuhand hat die Führung dreimal gewechselt (nicht immer auf eigenen Wunsch), ihre Politik der „verbrannten Erde“ wurde von der Bourgeoisie gestoppt. Sie brauchen Ostdeutschland als ein Niedriglohn-, Klassenfriedensparadies und als Ausgangspunkt für ihren Feldzug 'gen Osten.

In einer Welt, wo eskalierende interimperialistische Rivalitäten Großmachtfronten wiederbeleben, die an die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg erinnern, sondiert der wiedervereinigte deutsche Imperialismus überall, wie weit er gehen kann. Sie wollen wieder die Herren auf dem Balkan sein, und sie bewaffnen die türkische Armee bis an die Zähne. Bei der jüngsten Kommandeurtagung in Leipzig sagte Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann in Anwesenheit von Kohl und dem neuen Verteidigungsminister, CDU-Falke Volker Rühle, deutsche Soldaten würden für den Einsatz außerhalb Deutschlands „hart, fordernd und gefechtsnah“ ausgebildet werden. Und jetzt schicken sie Truppen nach Kambodscha, wo die Imperialisten für neue Killing Fields sorgen.

Die Gelüste des Vierten Reichs gelten nach wie vor den Gebieten jenseits seiner Ostgrenze. Die deutsche Bourgeoisie finanziert Jelzins Konterrevolution, um den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat zu vernichten, und erwartet dafür, daß sie für sich die fettesten Stücke des sowjetischen und osteuropäischen Bratens sichert. Aber für die „Neue Weltordnung“ brauchen sie eine neue Außenpolitik – was, in Anbetracht des Kostenfaktors, weder in Ost noch West leicht zu bewerkstelligen sein wird. Die Früchte der SPD/Genscher-Ostpolitik sind wachsende ökonomische Schwie-

rigkeiten zu Hause und blutiger Bürgerkrieg jenseits der Grenze. Der Machiavelli Genscher ist, seiner unbeirrbar Nase für die sich drehenden politischen Winde vertrauend, am Vorabend des ÖTV-Streiks von Bord gegangen.

Jahrzehntelang ist Bonns Leitsatz „ein europäisches Deutschland“ gewesen, nach Thomas Manns berühmtem Satz, während die BRD eine untergeordnete Rolle in der US-geführten antisowjetischen imperialistischen Allianz spielte. Als Reagan 1982 nach Europa kam, um seine Verbündeten auf Linie zu kriegen, stellten wir in einer Erklärung unserer internationalen Tendenz fest:

„Westdeutschland, bis vor kurzem Washingtons loyalster NATO-Verbündeter, ist heute der entschiedenste Fürsprecher von Entspannungspolitik. Aber hinter dem ‚friedensliebenden‘ Image der Ostpolitik von Brandt und Schmidt steckt der Appetit, das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen und ein vereinigtes kapitalistisches Deutschland als die dominierende europäische Macht wiederzuschaffen.“

Heute wollen die Herrscher in Bonn ein „deutsches Europa“, gegenwärtig nicht mit Panzern, sondern mit der D-Mark, wobei sie aber noch zu schwach sind, dies zu erzwingen. Trotz der Proteste der anderen EG-Länder diktieren die Deutschen den Leitzins in Europa, und ab und zu versuchen sie sogar, den Amerikanern zu sagen, wo es lang geht. Kohl & Co. zetern darüber, daß die Arbeiter in Deutschland weniger Zeit bei der Arbeit verbringen und mehr Urlaub haben als irgendwo sonst auf der Erde. „Sir“ Ralf Dahrendorf droht in der „liberalen“ *Zeit* (15. Mai): „Der deutsche öffentliche Dienst kann so nicht bleiben, und die deutschen Sozialleistungen können es auch nicht... Die notwendige Umstrukturierung wird sehr, sehr weh tun.“ Doch die deutsche Arbeiterklasse steht ihnen mit der Kraft eines Riesen im Wege, und sie hat gezeigt, daß sie gegen diesen Ansturm hart kämpfen wird.

Während Kohl & Co. herumeiern, ist es SPD-Chef Engholm, der im Namen der Bourgeoisie die Reden über „Schweiß und Tränen“ hält. Die SPD streckt ihre Finger nach dem Kanzleramt aus mit ihren Angeboten von Runden-Tisch-Diskussionen, dem Winken mit dem Zaunpfahl über „Große Koalitionen“ und Drohungen gegen Immigranten und Arbeiter.

### **Brecht mit der Sozialdemokratie!**

Am 1. Mai stellte IG-Metall-Chef Steinkühler die Frage, „ob es den Sozialprovokateuren im Unternehmerlager ge-

*Fortgesetzt auf Seite 6*

## Stürzt Kohl-Regierung...

Fortsetzung von Seite 5

lingt, die Gewerkschaften nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz einschneidend zu schwächen“. Es ist bezeichnend, daß er gezwungen ist, die „russische Frage“ zu stellen, wenn auch auf seine eigene Weise. Weil die Sowjetunion den Hitler-Faschismus zerschlug – ein Sieg, der zur Errichtung der Planwirtschaften der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten führte –, sah sich das westeuropäische Kapital gezwungen, den „Wohlfahrtsstaat“ als Aushängeschild vorzuzeigen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Kapitalismus als Bollwerk gegen den sowjetischen „Bolschewismus“ in den von den imperialistischen Siegern besetzten Westzonen wiedererrichtet – mit der unschätzbaren Hilfe der Politiker und Gewerkschaftsbürokraten der SPD. Ludwig Erhard proklamierte die „soziale Marktwirtschaft“, aufgebaut auf der *Zerschlagung* proletarischer Massenkämpfe.

In der vorrevolutionären Situation, die nach dem Krieg entstand, trat die Arbeiterklasse sowohl in den westlichen Besatzungszonen als auch im Osten in Massenkämpfe ein, um die Restauration der kapitalistischen Herrschaft zu verhindern; dabei verlangte sie die Sozialisierung der Grundstoffindustrien. Aber die US-finanzierten Sozialdemokraten waren entschlossen, den Arbeiterwiderstand zu entschärfen und den beträchtlichen kommunistischen Einfluß zu brechen, der in den Gewerkschaften und insbesondere bei den Betriebsräten wiedererstarkt war. Die Kommunisten wurden hinausgesäubert, kämpferischer antikapitalistischer Widerstand wurde gebrochen, und die Betriebsräte selbst wurden in Zwangsjacken der Klassenzusammenarbeit verwandelt – die das 1952 verabschiedete reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz durchzusetzen hatten. Mit der Unterstützung des DGB für den Marshall-Plan des Kalten Kriegs wurden die Arbeiter politisch fest an den Staat gefesselt, und der Staat fest an die antisowjetische NATO.

Zwar gab es viel Gerede über die „Mitbestimmung“ durch Arbeiter und Kapitalisten (sowieso ein Ding der Unmöglichkeit), doch diese Rezepte waren nur ein Rahmen, um die Mittäterschaft der Gewerkschaftsspitzen bei der Verwaltung der Ausbeutung und bei der Säuberung der Roten zu sichern. Gesteigerte Produktivität wurde von anhaltend hoher Arbeitslosigkeit begleitet. Millionen von eingewanderten „Gastarbeitern“ wurden in die Schwerindustrie gebracht, aber alle Bürgerrechte wurden ihnen vorenthalten. Die Bundeswehr wurde *unter den Sozialdemokraten* zur mächtigsten europäischen Armee in der NATO. Die SPD war der Architekt der Ostpolitik, die dazu diente, die Sowjetunion und die osteuropäischen Arbeiterstaaten zu unterminieren. Und als der deutsche Imperialismus wieder stark genug wurde, Ansprüche auf den Großmachtstatus zu stellen, stellte sich die SPD an die Spitze des wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus – in der „linken“ Färbung der „Friedens“bewegung der 80er Jahre –, als die deutsche Bourgeoisie sich von Washingtons Schürzenzipfel abtrennte.

Das war das „Modell Deutschland“ der Sozialdemokraten. So agierte die SPD in der DDR naturgemäß als Trojanisches Pferd der Konterrevolution und half beim „Wegfall der Systemkonkurrenz“ dort kräftig nach. Anschließend war sie damit beschäftigt, mit der antikommunistischen Hexenjagd, mit ihrem Würgegriff auf die Gewerkschaften und als Spitzenreiter bei der Allparteien-Menschenjagd auf die „Asylantenflut“, jeden Arbeiterwiderstand zu spalten, zu lähmen und abzuwürgen. Damit wurden die Arbeiter in Ost und West, Immigranten und Deutsche, Frauen und Männer auseinanderdividiert. Die „Linken“ einschließlich der PDS schürten *alle* die antikommunistische Hexenjagd und die rassistische Hetze auf Immigranten mit, und nun wollen sie

die Arbeiter überzeugen, eine Regierung unter Engholm wäre „besser“ als Kohl. Dies ist eine gefährliche Illusion.

Die SPD schiebt alle Schuld in der Ex-DDR auf „40 Jahre Kommunismus“. Was heute den ostdeutschen Arbeitern ins Gesicht schlägt, ist das Ergebnis von 40 Jahren sozialdemokratischer Klassenkollaboration in der BRD. Unter anderem Daimler-Benz, Volkswagen, Lufthansa, Hoesch werden oder wurden von SPD-Bossen geleitet – ganz abgesehen von der Deutschen Bank und der Treuhand. Steinkühler und Genossen sind erfahrene Bullen für die Bourgeoisie in den Gewerkschaften. Die SPD-Spitzen haben seit Jahrzehnten unter der Kalten-Kriegs-Fahne der „Sozialpartnerschaft“ die Massenentlassungen im Westen von der Saar über das Ruhrgebiet bis zur Wasserkante verwaltet und die Löhne direkt angegriffen. Und im ÖTV-Streik waren sie in den SPD-regierten Ländern buchstäblich auf der anderen Seite der Klassenlinie.

Die Zahl der Bürokraten, über die diese „Arbeiterleutnants des Kapitals“ verfügen, ist in der Tat riesig. Darunter befinden sich 30 000 gewerkschaftliche Betriebsratsmitglieder, die direkt von den Bossen besoldet werden. Darunter sind viele ernsthafte Gewerkschafter, einschließlich Immigranten. Aber wenn sie die Interessen der Arbeiter verteidigen wollen, müssen sie aus dieser Falle ausbrechen, mit ihrer „Schweigepflicht“ und anderen luftdichten Verpflichtungen darauf, im Interesse der Bosse zu handeln. Der Betriebsrat macht sich mitschuldig, *jedes* Mal, wenn ein Arbeiter entlassen wird, und *jedes* Mal, wenn ein Streik ausverkauft wird.

Die SPD-kontrollierten Betriebsräte sitzen bei jeder Betriebsratssitzung um den Tisch, „in einem Boot“ mit den Bossen. Und doch sind diverse Pseudolinke wie die nationalstalinistische DKP und die Pseudotrotzkisten von Ernest Mandel lange im Genuß der bürokratischen Privilegien gewesen, die der Handschlag mit den Bossen im Betriebsrat mit sich bringt. Wir Spartakisten kämpfen für die völlige Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung von der Bourgeoisie und ihrem Staat. Unsere Tendenz in Deutschland wurde geschmiedet mit dem trotzkistischen Verständnis, daß die SPD seit 1914 eine *bürgerliche Arbeiterpartei* ist – der Transmissionsriemen für den deutschen Nationalismus in die Arbeiterbewegung; die SPD muß gespalten werden, um ihre proletarische Basis zu gewinnen auf dem Weg zur proletarischen Revolution.

### Die Arbeiter brauchen eine revolutionäre Führung! Für proletarischen Internationalismus!

Die ÖTV-Basis warf Wulf-Mathies' stinkenden Tarifabschluß auf die Müllhalde, aber die Arbeiter sehen keine Alternative zu den verräterischen ÖTV/DGB-Spitzen. Am Anfang der Streiks traten massenhaft Arbeiter in die ÖTV ein, jetzt aber treten viele aus. Doch trotz ihrer prokapitalistischen Führung sind die Gewerkschaften heute das wesentliche Verteidigungsorgan der Arbeiter. Wenn wir gewinnen wollen: Schmeißt nicht die Mitgliedskarte weg, schmeißt die Bürokraten raus. Sie verwandeln die Gewerkschaften in Organe, die die Arbeiter im Interesse des imperialistischen Staats disziplinieren und damit ihre Zerstörung riskieren. Die SPD/DGB-Spitzen wissen sehr wohl, daß ein *wirklicher*, solider Klassenkampf in Ost und West nicht nur die Kohl-Bande, sondern auch sie selbst wegfeigen würde. Letztendlich geht es um die politische Macht. Um einen Kampf zu führen, um die eigenen Interessen durchzusetzen und zu sichern, brauchen die Arbeiter ein Programm, das *ihre* Klasseninteressen, nicht die der Bosse, ausdrückt. Wir brauchen eine revolutionäre Führung und Partei, die bereit ist, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, um gegen die Bosse und ihren Staat anzutreten in einer Auseinandersetzung, die zu einem Kampf um die Macht führt.

Die Bourgeoisie redet über den „Tod des Kommunismus“, aber Arbeiterkämpfe in der ganzen Welt strafen diese Märchen über eine „Neue Weltordnung“ Lügen. In Seoul drückten 20 000 südkoreanische Arbeiter, die gegen Superausbeutung und Polizeiterror kämpfen, ihre Solidarität mit den deutschen Streiks aus. In Warschau demonstrierten am 1. Mai 15 000 gegen das kapitalistische Regime von Solidarność-Führer Walesa. Als Los Angeles über eine ungeheuerliche rassistische Provokation und die bittere Armut explodierte, antworteten die US-Herrscher mit Bullenterror und Truppeneinsatz. In Berlin trugen Demonstranten am 1. Mai in Kreuzberg Banner in Solidarität mit Los Angeles.

In der Erhebung von Los Angeles und im ÖTV-Streik sahen wir Ereignisse, die einen Wendepunkt darstellen in zwei der drei führenden imperialistischen Weltmächte – und der dritten, Japan, geht es auch nicht besonders gut, wie der fortgesetzte Abstieg des Nikkei-Börsenindex zeigt. Der Kapitalismus hat für die Menschheit nur bitteres Elend, rassistischen Terror und imperialistischen Krieg auf Lager. Dieses verrottete, ausbeuterische System kann nur durch sozialistische Revolution beseitigt werden.

Dem giftigen Nationalismus, den Bonn und seine sozialdemokratischen Speichellecker von sich geben, muß ein Programm des proletarischen Internationalismus entgegengesetzt werden. Wir kämpfen wie Lenin, Luxemburg und Liebknecht für die *revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter*. Ein entschlossener Kampf, der deutsche und eingewanderte Arbeiter im ganzen Vierten Reich vereinigt, wäre für unsere Klassenbrüder und -schwestern bis hinter den Ural – die Jelzins Konterrevolution gegenüberstehen, mit der dazugehörigen kapitalistischen „Schockbehandlung“ und mörderischem nationalistischen Bürgerkrieg – ein Leuchtfener dafür, den sowjetischen Arbeiterstaat zu verteidigen und die politische Macht wiederzuerobern.

Deutschland und seine westeuropäischen Verbündeten wollen eine „Festung Europa“ schaffen als Sperre gegen Flüchtlinge vor dem ökonomischen und sozialen Chaos, das sie in der ganzen Welt angerichtet haben. Kaum ein Tag vergeht ohne eine Meldung über brutalen Antisemitismus und rassistischen/faschistischen Terror. Für die ostdeutschen Frauen drehte der kapitalistische Anschluß die Uhr um 50

Jahre zurück und zerstörte die sozialen Einrichtungen wie umfassende kostenlose Gesundheits- und Kinderversorgung und trieb die Frauen zurück zu Kinder, Küche, Kirche. Während in der DDR über 90 Prozent der Frauen arbeiteten, sind es heute nur noch knapp 20 Prozent – sie stellen zwei Drittel aller Arbeitslosen in Ostdeutschland. Die evangelische und die katholische Kirche betreiben mit Vollkraft die Rechristianisierung des Ostens, und *alle* Regierungsparteien nähern sich einer Übereinkunft über ein großdeutsches Abtreibungsgesetz, das Frauen und Ärzte erpresserischen kirchlichen „Beratern“ wehrlos preisgibt.

Um diese allseitige soziale Verwüstung rückgängig zu machen, muß die Arbeiterklasse für den Kampf um volle Staatsbürgerrechte für Immigranten mobilisiert werden. Stoppt Nazi-Terror durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen! Pfaffen, Bullen und Richter, raus aus Schlaf- und Sprechzimmern! Weg mit der Kirchensteuer! Für die Trennung von Staat und Kirche! Weg mit den Paragraphen 218/219! Wir müssen für ein massives Programm öffentlicher Arbeiten kämpfen, um die Betriebe und sozialen Einrichtungen wieder aufzubauen, um Millionen bezahlbare Wohnungen hoher Qualität zu bauen, um den Dreck aus der Umwelt wegzuräumen. Wir brauchen gleichen Lohn für gleiche Arbeit – Frauen und Männer, Immigranten und Deutsche, Ost und West. Die DGB-Bonzen reden weiter darüber, 1994 die 35-Stundenwoche zu gewinnen, aber die Bosse sind darauf aus, die Arbeitswoche zu *verlängern*. Der Kampf für massiven sozialen Wiederaufbau, mit der Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei einer erheblich kürzeren Arbeitswoche und bei vollem Lohn, heißt, einen revolutionären Kampf zu führen.

Deutschland ist der Schlüssel zu Europa – für Barbarei oder Sozialismus. Um dieses Land im Interesse aller Werktätigen wiederaufzubauen und die Wirtschaft vernünftig auf internationaler Ebene zu planen, muß man für eine Arbeiterregierung kämpfen, die das Kapital *enteignet* und die Produktionsmittel in die Hände derjenigen legt, die den Reichtum produzieren. Um diesen Kampf zu organisieren und ihn zum Sieg zu führen, brauchen die Arbeiter eine revolutionäre Arbeiterpartei. Für den Aufbau solch einer Partei in der internationalistischen Tradition von Lenin und Trotzki kämpfen die Spartakisten. Schließt euch uns an! ■

## Amerikanische Trotzkin... Fortsetzung von Seite 8

ganze Prozeß von Verrat und von der Bewegung weg von der Oktoberrevolution begann, der heute sein Endstadium erreicht, nämlich die Rückkehr zum Kapitalismus.“ Volkov fuhr fort: „Wir können noch nicht klar die Umstände benennen, unter denen sie ermordet wurde, aber es gibt viele Elemente, die es nahelegen, daß es ein politisches Verbrechen war, eine Vergeltungsmaßnahme gegen die Spartakist-Gruppe. Und die Aktionen der russischen Miliz lassen viel zu wünschen übrig und viele Zweifel aufkommen.“

Auf der New Yorker Demonstration bemerkte ein Sprecher der SL/U.S.: „Heute, am 30. April, ist der Jahrestag der Einnahme von Saigon 1975, für die wir kämpften und die wir begeistert begrüßten, und wir verteidigen Vietnam heute weiterhin. Heute ist auch der Jahrestag des Sieges der sowjetischen Roten Armee über Nazideutschland, der Tag, an dem 1945 die rote Fahne auf dem Reichstag in Berlin gehißt wurde. Wenn die Imperialisten heute von ‚Freiheit‘ und ‚Demokratie‘ reden, wollen sie eine Gesellschaft erzwingen, in der grauenhafte Polizisten auf brutale Weise einen Schwarzen blutig schlagen und dann ungestraft davonkommen können, wie es gerade in Los Angeles passiert ist. Wir tun alles, was in unserer Macht steht, um das zu ver-

hindern. Wir neigen unsere roten Fahnen zu Ehren von Martha Phillips, und wir erheben das rote Banner der Revolution, um ihren Kampf fortzuführen.“ ■

## SPARTAKIST 4

### Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
- Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—  
beide Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)
- Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—
- Ich möchte \_\_\_\_\_ Exemplare des Streik-Extrablatts bestellen

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Streik-Extrablatt

**Bestellt bei:**  
Postfach 51 06 55  
1000 Berlin 51

Konto 11988-601  
Postgiro Frankfurt/Main  
BLZ 500 100 60

# SPARTAKIST

## Amerikanische Trotzkin in Moskau ermordet Weltweite Proteste verlangen eine wirkliche Untersuchung

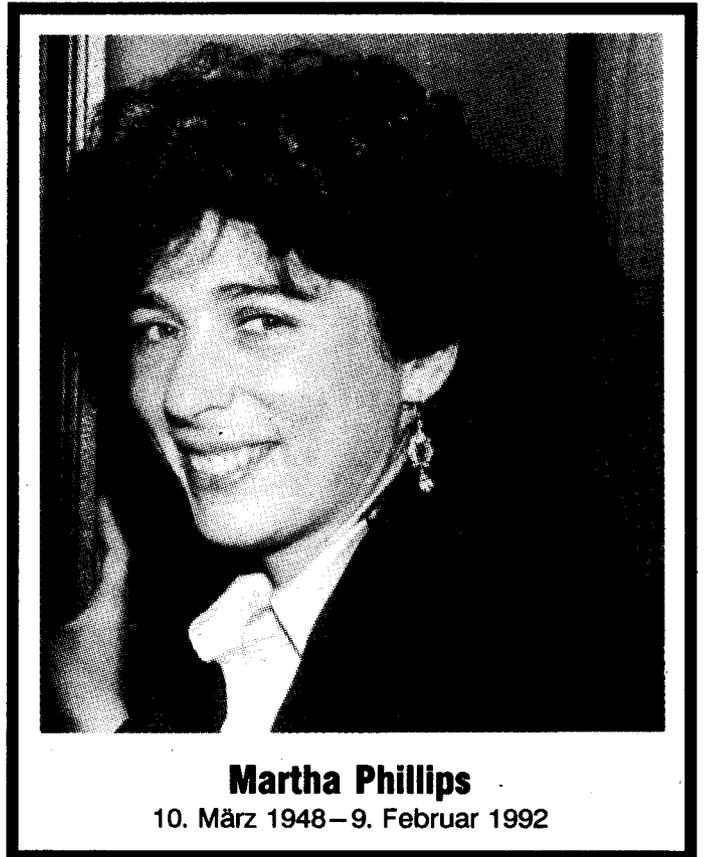
1. MAI – Gestern und vorgestern fanden in zwölf Städten in der ganzen Welt Kundgebungen statt, die eine wirkliche und energische Untersuchung des Mordes an Martha Phillips verlangten, einer amerikanischen Trotzkin, die in Moskau ermordet wurde. Phillips, 43 Jahre alt, war die führende Sprecherin der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) in der Sowjetunion. Sie wurde am Morgen des 9. Februar brutal erwürgt und erstochen aufgefunden, nur Stunden vor einer wichtigen Demonstration gegen die Hungerpolitik des russischen Regimes von Jelzin. Sogar zwölf Wochen später haben die Moskauer Behörden noch keine Fortschritte vorzuweisen bei der Suche nach den Schuldigen an diesem entsetzlichen Verbrechen.

Zu den Demonstrationen riefen die Spartacist League/ U.S. und das Partisan Defense Committee im Namen der IKL auf. Am Vorabend des 1. Mai, des internationalen Feiertags der Arbeiter, wurde auch die Kampagne angeprangert, den sowjetischen Völkern den Kapitalismus aufzuzwingen. Siebzig Demonstranten vor dem russischen Konsulat in New York riefen: „Jelzin ist ein Werkzeug für die Wall-Street-Herrschaft“ und: „Elend des freien Marktes, njet – die Macht den Arbeitersowjets!“ Plakate auf Russisch und Englisch forderten: „Keine weitere Verzögerung! Vollständige Untersuchung des Mordes an Martha Phillips!“ Eine Erklärung des früheren Vorsitzenden des New Yorker Stadtrats, Paul O'Dwyer, wurde verlesen, in der er schrieb: „Martha Phillips war eine Frau, die ihr Leben dem Kampf gegen Ungerechtigkeit, wo immer sie auftrat, gewidmet hat... Dieser abscheuliche Mord muß aufgeklärt werden“.

Kundgebungen fanden auch in Washington, Ottawa, San Francisco, Sydney, Warschau, Rom, Mailand, Berlin, Hamburg, Paris und London statt. In Tokio übergab die Spartakist-Gruppe Japan, trotz eines Demonstrationsverbots und einer starken Präsenz von Bereitschaftspolizei, der russischen Botschaft eine Erklärung. Als früher in der Woche ein Vertreter der Lega Trotskista d'Italia ein Informationspaket zum russischen Konsulat in Mailand brachte, fand er scheinbar besorgtes Gehör, bis er erwähnte, daß Martha jüdisch war – daraufhin ließ der Vizekonsul eine Flut von antisemitischen Beschimpfungen vom Stapel. Unser Genosse ging empört hinaus.

Vor dem Konsulat in Sydney, Australien, hielt gestern ein Sprecher der Spartacist League, Balasubramaniam, eine Rede vor einer Gruppe von 30 Demonstranten und erklärte: „Wir lassen uns nicht einschüchtern! Wir werden den Mord an Martha rächen, indem wir unsere Anstrengungen verdoppeln, um Jelzins Konterrevolution zu zerschlagen.“ In Paris sagte ein Sprecher der Ligue Trotskyste de France: „Marthas Kampf und der der IKL in Moskau und Leninograd nimmt den heroischen Kampf unserer Genossen der Linken Opposition in der UdSSR wieder auf, eine sowjetische Sektion der Vierten Internationale aufzubauen. Die steigende Flut der Konterrevolution muß gestoppt werden!“

In Deutschland gingen Genossen der Spartakist-Arbei-



**Martha Phillips**

10. März 1948 – 9. Februar 1992

terpartei zu einer Pressekonferenz des russischen Parlamentsvorsitzenden Ruslan Chasbulatow in Dresden, wo sie ihn fragten, „ob bei der ungewöhnlich stümperhaften Untersuchung durch die Moskauer Behörden mächtigere Kräfte am Werk waren, die nicht wollen, daß der Mord aufgeklärt wird“. In Hamburg und Berlin wurde eine ergreifende Erklärung der Antifaschisten Karl und Christina Kielhorn verlesen, in der steht, Martha Phillips „vertrat mit Hingabe und Konsequenz den Grundgedanken, daß die Russische Revolution den Arbeitern der ganzen Welt gehört“. Karl Kielhorn steht gegenwärtig vor Gericht unter der Anklage, nach dem Zweiten Weltkrieg einen blutrünstigen Nazi-Militärrichter in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager getötet zu haben.

Die Protestwoche begann am 27. April mit einer Pressekonferenz im Leo-Trotski-Museum in Coyoacán (Mexiko-Stadt), in dem Haus, wo der bolschewistische Führer 1940 von einem stalinistischen Attentäter ermordet worden war. Esteban Volkov, Trotskis Enkel, erklärte: „Wir möchten den Namen von Martha Phillips zu der langen Liste der gefallenen revolutionären Helden hinzufügen, eine Liste, die angeführt wird von dem großen Revolutionär und Marxisten Leo Trotski, der diesen Kampf 1923 initiierte, als der

Fortgesetzt auf Seite 7